

INHALT

1. SPD, Grüne und SSW blamieren sich beim Landeswassergesetz
2. Regierungsfractionen verweigern Landesrechnungshof Prüfungsrecht bei der Eingliederungshilfe
3. Finanzministerin greift Vorschlag der CDU-Fraktion auf
4. Ministerpräsident Albig macht Schleswig-Holsteins Klage gegen Ökoliner unglaubwürdig
5. CDU-Fraktion warnt vor schärferen Schutzbestimmungen im Wattenmeer
6. Keine rot/grün/blauen Gesetze auf Kosten der Kommunen
7. CDU-Fraktion setzt zusätzliche Mittel für Feuerwehren, Sportverbände und Kulturarbeit durch
8. iGoal - Innovative Produkte aus Schleswig-Holstein für den Kinder- und Jugendsport

06.12.2013

SPD, Grüne und SSW blamieren sich beim Landeswassergesetz Koalition hat Vorhaben nicht für die Landtagssitzung angemeldet

SPD, Grüne und SSW wollen über die Wasserabgabe mehr Geld einnehmen. Das Geld ist bereits im Haushalt des kommenden Jahres eingeplant. Privathaushalte und Wirtschaftsunternehmen sollen nach dem Willen der Koalition ab Januar 2014 mehr bezahlen.

Wegen einer peinlichen Panne wird daraus allerdings nichts: SPD, Grüne und SSW haben die Verabschiedung des Gesetzes nicht für die Dezembersitzung des Landtages angemeldet. Damit könnte dies nur auf dem Wege der Dringlichkeit gelingen. Dazu wäre allerdings eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich.

Die CDU-Fraktion wird dabei allerdings nicht mitmachen: „Für diese Stümperei gibt es von uns keine Rückendeckung. Jeder Schleswig-Holsteiner und jedes Unternehmen ist von diesem Gesetz betroffen. SPD, Grüne und SSW haben deshalb versucht, dieses Gesetz unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchs Parlament zu schummeln. Dabei haben sie sich bis auf die Knochen blamiert“, erklärte CDU-Umweltexperte Heiner Rickers nach der Sitzung.

Die Pläne der Regierung sind seit Mai bekannt. Offenbar wollten SPD, Grüne und SSW eine Debatte darüber möglichst vermeiden. Im November wurde der Gesetzentwurf ohne Aussprache in den Ausschuss überwiesen. Diese Woche wollten die Regierungsfractionen ohne

Parlamentsanhörung im Ausschuss darüber beschließen. Damit hätte das Gesetz in der Landtagssitzung der kommenden Woche verabschiedet werden und zum ersten Januar in Kraft treten können.



Heiner Rickers, MdL

Regierungsfractionen verweigern Landesrechnungshof Prüfungsrecht bei der Eingliederungshilfe Gemeinsamer Antrag von CDU, FDP und Piraten wird abgelehnt



Tobias Koch, MdL

Die Fraktionen der FDP, Piraten und der CDU haben diese Woche einen Änderungsantrag im Finanzausschuss gestellt. Ziel des Antrags war die Einrichtung eines Prüfungsrechts des Landesrechnungshofes bei der Eingliederungshilfe. Ein solches Prüfungsrecht hatte der Wissenschaftliche Dienst des Landtages im Vorfeld als rechtlich möglich bewertet. Dieser Antrag wurde Dienstag (05. Dezember) abgelehnt.

CDU- Finanzexperte Tobias Koch verurteilte diese Ablehnung scharf: „Es geht um den größten Einzeltitel im Landeshaushalt. Über 600 Millionen Euro gibt das Land aus, ohne dass der Landesrechnungshof die Wirtschaftlichkeit der Ausgaben prüfen darf. SPD, Grüne und SSW haben dafür gesorgt, dass das so bleibt“.

Die Eingliederungshilfe ist nicht nur der größte Haushaltsposten, sie steigt auch Jahr für Jahr deutlich an. Da die Zahlungen gesetzlich vorgeschrieben sind, hat das Land darauf wenig

Einfluss. Seit über 20 Jahren versuchen die Fraktionen im Kieler Landtag deshalb parteiübergreifend, dem Rechnungshof in diesem Bereich zumindest ein Prüfungsrecht einzuräumen. Bislang scheiterte dies an der fehlenden Bereitschaft der Empfänger der Eingliederungshilfe. Dies sind die Träger der Einrichtungen. Koch vermutet dahinter auch den Grund für die heutige Ablehnung der Regierungsfaktionen. Zwar hätten diese "Beratungsbedarf" als Grund angegeben „SPD, Grüne und SSW lehnen in Wahrheit aus Angst vor den Sozialverbänden ab“, so der CDU-Abgeordnete.

Finanzministerin greift Vorschlag der CDU-Fraktion auf Alte Kreditermächtigungen werden aufgelöst

154 Millionen Euro alte Kreditermächtigungen „schlummerten“ bislang noch im Finanzministerium. Damit hatte die Landesregierung ohne vorherige Parlamentsbefassung eine erhebliche „Geldreserve“. Der Landesrechnungshof hatte das bereits im April bemängelt. Dennoch waren weder die Regierung, noch die sie tragenden Fraktionen bereit, diese Ermächtigungen aufzulösen.

Die CDU-Fraktion hatte in ihren Haushaltsanträgen in der vergangenen Woche darauf aufmerksam gemacht. In dieser Woche teilte Finanzministerin Monika Heinold nun mit, dass sie noch 2013 handelt (Umdruck 18/2082, Link siehe unten).

Die CDU-Fraktion erwartet nun ein sattes Plus im Jahresabschluss 2013. „Alles andere als ein zweistelliges Millionenplus wäre eine Enttäuschung“, erklärte CDU-Finanzexperte Tobias Koch in Kiel.

Zwar gab sich Heinold mit einer öffentlichen Prognose noch zurückhaltend. Koch dagegen rechnete die Zahlen vor: Die Neuverschuldung sei für 2013 mit 450 Millionen Euro geplant worden. Bereits bis Oktober hätten geringere Zinsausgaben und zusätzliche Einnahmen diese Summe auf 150 Millionen Euro reduziert.

„Mit der Auflösung der Kreditermächtigungen ist sie also jetzt schon im Plus. Und zwei Monate stehen noch aus“, so Koch.

Der CDU-Abgeordnete betonte, in diesem Jahr sei die letzte Möglichkeit für Heinold, aufgrund der positiven Einnahmeentwicklung und der noch wirkenden Haushaltssanierung der CDU-geführten Vorgängerregierung einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

„Angesichts der von SPD, Grünen und SSW beschlossenen Ausgabensteigerungen geht das in den kommenden Jahren nicht. Das weiß auch Frau Heinold“, so Koch.

Link zum Umdruck:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/2000/umdruck-18-2082.pdf>

Ministerpräsident Albig macht Schleswig-Holsteins Klage gegen Ökoliner unglaublich Regierungschef nahm an Arbeitsgruppe teil, die laut Medienberichten Fortsetzung der Tests vereinbart hat



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

2012 hatte Schleswig-Holstein gemeinsam mit Baden-Württemberg gegen den Testlauf von Lang-LKW auf durch das Land laufenden Bundesstraßen geklagt. Dies geschah vor allem auf Druck der Grünen. Verkehrsminister Reinhard Meyer, der sich angesichts des geringeren Spritverbrauches und Drucks auf die Straßen wiederholt positiv zu den Lang-LKW geäußert hatte, konnte sich damals in der Koalition nicht durchsetzen.

Anfang der Woche machte zunächst die BILD-Zeitung bekannt, dass als Nebenabrede zum Koalitionsvertrag von CDU und SPD auf Bundesebene eine Fortführung der Tests unter anderem in Schleswig-Holstein vereinbart wurde. Die Lübecker Nachrichten recherchierten daraufhin. Berliner Mitglieder der Arbeitsgruppe aus SPD und CDU hätten dies bestätigt. Ein Mitglied der Arbeitsgruppe war Ministerpräsident Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Tosten Albig. Er lehnte einen Kommentar ab.

Die CDU-Fraktion forderte die Landesregierung unverzüglich auf, die Klage zurückzuziehen. „Ministerpräsident Albig wird dieser Zusatzvereinbarungen kaum zugestimmt haben, und gleichzeitig dagegen klagen. Das wäre absolut unglaublich“, erklärte Fraktionschef Callsen. Er kündigte einen Landtagsantrag für die kommende Woche an. „Das Geld für den Prozess kann sich das Land nun wirklich sparen. Wenn Ministerpräsident Albig dazu gegenüber Zeitungen jeden Kommentar verweigert, dann wird er eben im Landtag darüber abstimmen müssen.“

Die Grünen beriefen sich sofort auf den Koalitionsvertrag in Schleswig-Holstein. Dort sei die Klage vereinbart. Der SPD-Abgeordnete Lars Winter erklärte, nach Kenntnis der SPD-Fraktion gebe es keine Nebenabsprachen zum schwarz-roten Koalitionsvertrag. Die Fraktion sehe deshalb keinen Grund, die Landesregierung zur Rücknahme der Klage gegen den Feldversuch in Schleswig-Holstein zu veranlassen.

CDU-Fraktion warnt vor schärferen Schutzbestimmungen im Wattenmeer Vorbereitung der „trilateralen Wattenmeerkonferenz“ wirft Fragen auf

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit wird eine Verschärfung der Schutzbestimmungen für das Wattenmeer vorbereitet. Am 05. Februar 2014 wird die „trilaterale Wattenmeerkonferenz“ – mit den Umweltministern der Niederlande, Dänemarks und Deutschlands – stattfinden. Die mittlerweile bekannt gewordene Ministervorlage wurde von den Landesumweltministern vorgeschlagen – sie schlägt deutliche Verschärfungen vor. „Damit droht der Konsens mit den an der Küste lebenden und arbeitenden Menschen aufgekündigt zu werden. Ich fordere Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck auf, den Schutz des Wattenmeeres nicht länger gegen die Menschen in der Region auszuspielen“, erklärte der fischereipolitische Sprecher Klaus Jensen diese Woche dazu.

Die CDU Fraktion stellte einen Antrag für die kommende Landtagssitzung. Dieser fordert die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die trilaterale Wattenmeerkonferenz zu keinen weiteren Nutzungseinschränkungen für die Westküste führt.

Zum Antrag

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1300/drucksache-18-1379.pdf>



Klaus Jensen, MdL

Keine rot/grün/blauen Gesetze auf Kosten der Kommunen **CDU-Fraktion stellt Antrag für Ausgleich von Mehrbelastungen**

Die CDU-Fraktion fordert mit einem Antrag für die kommende Landtagssitzung die Landesregierung auf, finanzielle Mehrbelastungen auszugleichen, die den Kommunen durch rot/grün/blau Gesetze entstehen. Explizit aufgelistet werden das Kita-Gesetz, das Tariftreue- und Vergabegesetz, das Korruptionsregistergesetz, das Mitbestimmungs- und das Bürgerbeteiligungsgesetz.

„All diese Gesetze kommen von der neuen Landesregierung und belasten die Kommunen ganz erheblich. Bislang haben SPD, Grüne und SSW nicht für den von der Verfassung in solchen Fällen vorgesehenen Ausgleich der Belastungen gesorgt. Darauf wollen wir mit unserem Antrag hinarbeiten“, begründete die Innenpolitikerin Petra Nicolaisen den Antrag.

Link zum Antrag

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1300/drucksache-18-1377.pdf>



Petra Nicolaisen, MdL

CDU-Fraktion setzt zusätzliche Mittel für Feuerwehren, Sportverbände und Kulturarbeit durch SPD, Grüne und SSW stimmen CDU-Antrag zu

In der vergangenen Landtagssitzung wollten SPD, Grüne und SSW dem Landesfeuerwehrverband und der Friesenstiftung die Mittel aus der Glücksspielabgabe halbieren. Die CDU-Fraktion hatte dies scharf kritisiert und einen Änderungsantrag eingebracht. Dieser fand in der heutigen Finanzausschusssitzung die Zustimmung der Regierungsfractionen.

Künftig werden fünf Prozent des Gesamtjahresaufkommens – nicht wie bisher die Hälfte - der Glücksspielabgabe an Feuerwehr und Friesenstiftung ausgeschüttet. Zugleich werden je 150.000 Euro als Mindestsumme festgelegt.

„Ich freue mich insbesondere für die Feuerwehren, dass unser Druck gewirkt hat“, erklärte die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen, nach der Sitzung.

iGoal - Innovative Produkte aus Schleswig-Holstein für den Kinder- und Jugendsport Ehemaliger Handballprofi zu Gast im Landeshaus



Thomas Knorr zu Gast im Kieler Landeshaus

Auf Einladung des Landtagsabgeordneten und wirtschaftspolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Hartmut Hamerich, war der Handballprofi Thomas Knorr zu Gast im Landeshaus, um aufblasbare Tore seiner Firma aus Ostholstein vorzustellen.

„Ich wollte meinen Kollegen im Landtag diese Erzeugnisse 'made in Schleswig-Holstein' einmal demonstrieren. Schleswig-Holstein hat in diesem Produktbereich ein Alleinstellungsmerkmal. Mit innovativen Produkten im Sport- und Freizeitbereich glänzt dieses Start-up-Unternehmen aus Ostholstein.“, sagte Hartmut Hamerich zufrieden nach der Präsentation im Foyer des Landeshauses.

Ebenfalls anwesend bei der Präsentation waren Sportpolitikerin Barbara Ostmeier (CDU), Anita Klahn (FDP), Jürgen Weber (SPD) und Burkhard Peters (Grüne) sowie der CDU-Wirtschaftspolitiker Jens-Christian Magnussen.

„Ich bin begeistert von der Leichtigkeit der aufblasbaren Tore. Die Verletzungsgefahr ist im Vergleich zu den üblichen Toren wesentlich geringer und damit insbesondere für den Sport mit Kindern, Jugendlichen und für Menschen mit Behinderungen bestens geeignet“, resümierte die CDU-Sportpolitikerin Barbara Ostmeier.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de